



Verfasser:  
Werner Fischer

# B Ü R G E R - F R A K T I O N

Arbeitskreis im Verein demokratie + bürger e.V.

Alte Poststraße 119, 87600 Kaufbeuren

Telefon: 08341-82520

Fax: 01212-555 097 348

Internet: [www.buerger-fraktion.de](http://www.buerger-fraktion.de)

E-Mail: [info@buerger-fraktion.de](mailto:info@buerger-fraktion.de)

Spenden: demokratie+bürger, DAB-Bank (BLZ 701 204 00), Konto: 793 652 8004



*Konzept-Verantwortung: Werner Fischer, Dipl. Finanzwirt (FH)*

## Reform der Umsatzbesteuerung zur Bekämpfung von Bürokratie und Kriminalität

### Die Staatsverschuldung steigt unaufhaltsam

Die Bundesbank beziffert die aktuelle Verschuldung **Ende 2005 auf 1.521.000.000.000 EUR (fast 20.000 EUR je Bundesbürger - vom Kleinkind bis zum Greis!)**. Dabei sind Renten- und Pensionslasten noch gar nicht berücksichtigt, durch sie **verdreifacht** sich der Betrag. Allein im Jahr 2005 kamen 70.000.000.000 EUR (ca. 1.000 EUR je Bundesbürger) dazu. Laut Maastrich-Kriterien liegt die zulässige Höchstgrenze bei 70% des Bruttoinlandsprodukts. Mit 67,7% haben wir sie 2005 fast erreicht – das ist der wahre Grund für die Steuererhöhungen zum 1.1.2007. Seit Jahren lebt unsere Gesellschaft über ihre Verhältnisse! Politiker und Experten kennen die Fakten; doch bis auf Steuererhöhungen unternehmen sie wenig, um die sichtbar werdende Katastrophe abzuwenden.

### **Deshalb müssen wir Bürger zur Selbsthilfe greifen und „den Karren aus dem Dreck ziehen“!**

Die Verschuldung macht unseren Staat immer abhängiger und handlungsunfähiger! Bereiten wir diesem unseriösen Treiben endlich ein Ende! Die „Zeche“ werden so oder so immer wir und die kommenden Generationen zahlen, sie wird täglich größer! Durch selbst entwickelte Konzepte können wir den notwendigen Druck für Verbesserungen erzeugen - mischen wir uns endlich ein!

### Um was geht es?

**Bei der Umsatzsteuer (USt) versickern jährlich ca. 20 Mrd. EUR** im Wirrwarr von Bürokratie und Steuervorschriften. Statt dieses „Loch“ zu stopfen, wird der Anreiz für Betrüger durch die Erhöhung des Steuersatzes auf 19% ab 2007 weiter erhöht. Doch der Staat verliert nicht nur Steuereinnahmen; durch die damit verbundenen falschen Weichenstellungen werden auch Wirtschaft und Arbeitsmarkt nachhaltig geschädigt. Damit muss endlich Schluss sein! Es genügt eine kleine Änderung des Umsatzsteuergesetzes:

### Bisherige Regelung

**Jeder Unternehmer muss die in seiner Rechnung ausgewiesene USt bisher sofort an den Staat abführen**, egal wann seine Kunden das Geld tatsächlich bezahlen. Der Staat verlangt von ihnen quasi eine unverzinsliche Vorauszahlung. Oft vergehen Monate, bis der Unternehmer sein Geld erhält. Warum soll er die Zinslast und das Finanzierungsrisiko für die staatliche Steuer übernehmen? Das ist ungerecht und benachteiligt besonders kleine Handwerker!

**Auch der Abzug der Vorsteuer** (das ist die in Eingangs-Rechnungen ausgewiesene USt ) **wird** Unternehmern **unabhängig von der Bezahlung eingeräumt**. Aufgrund des systematischen Fehlers gewährt der Staat Unternehmern für unbezahlte Rechnungen zinslos und ohne jegliche Sicherheit Kredit in Höhe der ausgewiesenen USt und setzt damit wirtschaftlich falsche Anreize. Das ist leichtsinnig und lädt geradezu zu Missbrauch ein! Kein Wunder, wenn der dadurch verursachte Steuerausfall auf jährlich knapp 20 Mrd. EUR geschätzt wird – Tendenz stark steigend!

### Ergebnis:

**Von der jetzigen Regelung profitieren Unternehmer, die ihre Eingangs-Rechnungen nicht oder erst verspätet begleichen.** Die Erhöhung auf 19% verstärkt diesen Effekt! Das verschlechtert die Zahlungsmoral. Kriminelle Banden nehmen zu, die sich durch Karussell-Geschäfte u. ä. dreist ungerechtfertigte Steuererstattungen erschwindeln. Auch mancher Unternehmer in finanzieller Not wird sich sicher fragen: „Wer gibt mir noch Kredite ohne Sicherheiten?“ **All das zu Lasten redlicher Unternehmer und Bürger in unserem Land.** Wann ist damit endlich Schluss?

### Was muss geändert werden?

In Zukunft soll die **USt erst dann an das Finanzamt fällig werden, wenn auch die Kunden bezahlt haben (Ist-Besteuerung)**, damit entfällt die ungerechte zinslose Vorfinanzierung!

Selbstverständlich muss auch der Zeitpunkt des Vorsteuerabzugs entsprechend angepasst werden; **auch die Vorsteuer wird erst abzugsfähig, nachdem die Zahlung geleistet ist**. So entsteht bei Umstellung auf dieses neue System kein nennenswerter Einnahmeausfall.

Vorteil: Durch diese Änderung wird der **Steuerbetrug ohne viel Bürokratie eingedämmt!** Jeder weiß, beim heutigen Stand der Technik lassen sich Zahlungen viel einfacher und effizienter prüfen als die Echtheit von Rechnungen, die leicht vervielfältigt oder verfälscht werden können. **Der „sanfte“ Druck verbessert zudem auch die Zahlungsmoral**, da für die Abzugsfähigkeit der Vorsteuer in Zukunft die Zahlung der Rechnungen nachzuweisen ist.

### Ist eine solche Änderung problematisch?

**Nein, diese Regelung existiert bereits seit Jahrzehnten** - allerdings nur als Ausnahmetatbestand „Besteuerung nach vereinnahmten Entgelten“ (Spezialbegriff: Ist-Besteuerung, § 20 UStG). Jetzt wird diese Ausnahme zur Regel und soll auch für die Vorsteuer gelten! Damit kann sich Deutschland und die EU leichter gegen Betrügereien zur Wehr setzen. Viele EU-Staaten haben vergleichbare Probleme und kennen ähnliche Vorschriften, deshalb sollte diese geringfügige Änderung in Verhandlungen rasch umzusetzen sein. Unsere Regierung und unsere Volksvertreter sind das allen redlichen Bürgern und Unternehmern schuldig! Der bisher von der Regierung eingeschlagene Weg in Richtung Reverse-Charge-Verfahren ist ein bürokratischer „Holzweg“; er führt nur zu zusätzlicher Bürokratie. Schaffen wir endlich praktikable Vorschriften!

### Fassen wir die Neuregelung und deren Vorteile kurz zusammen:

- Die **Umsatzsteuer** wird **erst bei Begleichung der Rechnung** durch die Kunden **fällig**
- Systematisch ist die **Vorsteuer erst abzugsfähig, wenn die Rechnung beglichen** wird
- Die **Zahlungsmoral** wird durch den Anreiz „Vorsteuer-Abzug bei Zahlung“ **verbessert**
- **Finanzierungsrisiko und Zinslast** für den Unternehmer **entfallen** bei der Umsatzsteuer
- **Säumige Zahler verlieren** den nicht gerechtfertigten bisherigen **Finanzierungsvorteil**
- Staatlichen Institutionen wird die **Überwachung erleichtert**, Bürokratie wird so abgebaut
- Steuerbetrug wird vermindert und **vorhandene Steuerquellen gerechter ausgeschöpft**

Liebe Mitbürger,

**Sie sind der Schlüssel zur Umsetzung praxisingerechter bürgernahe Lösungen!** Geht bei uns in Deutschland nicht „alle Macht vom Volke aus“ (Art. 20 Abs. 2 Grundgesetz) oder zweifeln Sie etwa daran? Wenn diese Vorschrift wirklich ernst gemeint ist und nicht nur auf dem Papier steht, wird die beschriebene Änderung erfolgen, sobald die Mehrheit der Bürger sie nachdrücklich genug anmahnt. **Es liegt also in Ihrer Hand!** Stellen Sie sich in den Dienst der Allgemeinheit und denken Sie daran: **Deutschland sind wir Bürger – und Deutschland braucht Sie !**

### Was können Sie tun, um die Änderung auf den Weg zu bringen?

- **Unterstützen Sie bis zum 14.10.2006 unsere beim Bundestag eingereichte Petition unter:** [http://itc.napier.ac.uk/e-Petition/bundestag/view\\_petition.asp?PetitionID=259](http://itc.napier.ac.uk/e-Petition/bundestag/view_petition.asp?PetitionID=259)
- **Lesen Sie dieses Konzept** und verstehen Sie seine wirtschaftlichen Auswirkungen! (Bilden Sie einfache praktische Beispiele und überdenken Sie das Für und Wider)
- **Machen Sie die Petition** mit allen Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln **bekannt!** (Überzeugen Sie Ihre Mitbürger, sprechen Sie den Lösungsansatz öffentlich an usw.)
- **Verlassen Sie sich nicht auf „die Politiker“**, werden Sie lieber **selbst aktiv!** (Seit Jahrzehnten vertrauen wir auf „Experten“, das hat uns in die jetzige Lage gebracht)

**Nutzen Sie Ihre Rechte - damit Deutschland wieder funktioniert!**